

2018 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVII. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über den Antrag 2002/A(E) der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Inseratenstopp für das System Türkis

Die Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 14. Oktober 2021 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

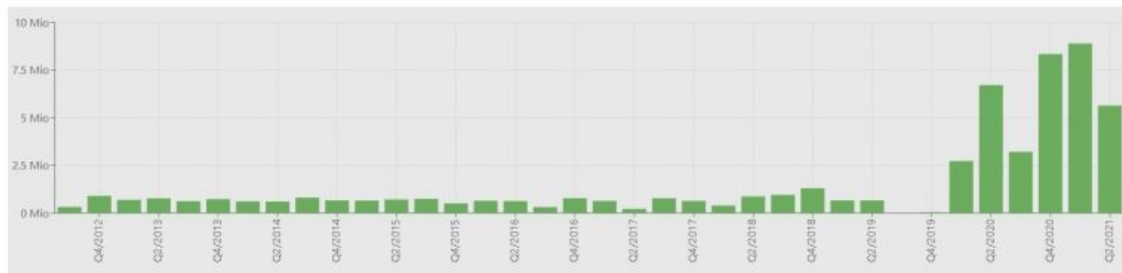
„Bereits 2020 sorgten die immens hohen Ausgaben der Regierung für Inserate und Werbung für Aufsehen. Die Bundesregierung warb um rund 47,3 Millionen Euro, wie von der RTR ausgewiesenen Medientransparenzdaten zeigen:



quelle: [derstandard.at](https://www.derstandard.at) ¹

Gegenüber 2019 bedeutete das mehr als eine Verdreifachung der Werbeausgaben. Die Inserate und Kampagnen der Regierung übersteigen damit die staatliche Presseförderung (rund 8,9 Millionen Euro/Jahr) um ein Vielfaches – allein das Bundeskanzleramt gab nur im ersten Quartal 2021 bereits mehr als 8,9 Millionen Euro aus:

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000122529737/ausgaben-fuer-regierungswerbung-auf-rekordhoch>



Bildquelle: medien-transparenz.at ²

Um die Stellung als größter Werbekunde des Landes zu sichern, schloss die türkis-grüne Bundesregierung zudem 2021 über die Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) Rahmenverträge über 180 Millionen Euro³ für vier Jahre für Mediaagentur-leistungen sowie 30 Millionen⁴ für vier Jahre Kreativagenturleistungen ab.⁵

Eine Studie des Medienhauses Wien⁶ nahm vorweg, was durch die Hausdurchsuchungsanordnung⁷ betreffend das persönliche Umfeld von Sebastian Kurz offenkundig wurde: „Aus Forschungssicht müssen wegen der sehr intransparenten, willkürlichen Inseratenvergabe der Bundesregierung „Bedenken hinsichtlich einer möglichen politischen Einflussnahme“, wie sie von der EU-Kommission in ihrem „Rechtsstaatlichkeitsbericht“ zu Österreich formuliert wurden, geteilt werden.“

Der Verfassungsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag zunächst in seiner Sitzung am 4. November 2021 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Christian **Hafenecker**, MA die Abgeordneten Henrike **Brandstötter**, Rudolf **Silvan**, Alexander **Melchior**, Mag. Eva **Blimlinger** und Mag. Selma **Yildirim** sowie die Bundesministerin für EU und Verfassung Mag. Karoline **Edtstadler**. Im Anschluss wurden die Verhandlungen vertagt.

Die Verhandlungen wurden am 24. Jänner 2023 wiederaufgenommen und es meldeten sich die Abgeordneten Henrike **Brandstötter**, Mag. Eva **Blimlinger**, Sabine **Schatz**, Mag. (FH) Kurt **Egger** und Dr. Susanne **Fürst** sowie die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien MMag. Dr. Susanne **Raab** zu Wort. Anschließend wurden die Verhandlungen vertagt.

Der Verfassungsausschuss hat den gegenständlichen Bericht abermals in seiner Sitzung am 19. April 2023 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. (FH) Kurt **Egger**, Henrike **Brandstötter**, Christian **Hafenecker**, MA, Mag. Christian **Drobits** und Mag. Eva **Blimlinger** sowie die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien MMag. Dr. Susanne **Raab**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Herbert **Kickl**, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag: F, dagegen: V, S, G, N**).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Mag. Friedrich **Ofenauer** gewählt.

² <https://www.medien-transparenz.at/flows>

³ <https://offenevergaben.at/auftr%C3%A4ge/91628>

⁴ <https://offenevergaben.at/auftr%C3%A4ge/88789>

⁵ <https://www.unzensuriert.at/content/117009-mitten-in-der-corona-krise-regierung-will-kuenftig-180-millionen-euro-fuer-inserate-und-werbung-ausgeben/>

⁶ <http://mhw.at/cgi-bin/file.pl?id=535>

⁷ <https://www.tagessstimme.com/2021/10/06/dokumentiert-das-ist-der-hausdurchsuchungsbefehl-gegen-kurz-und-oevp>

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2023 04 19

Mag. Friedrich Ofenauer

Berichterstattung

Mag. Jörg Leichtfried

Obmann